

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telefax: 8 86 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Barbara Simons MdEP  
zum Südafrika-Appell  
des Europäischen  
Parlaments: Blutige  
Repression sofort  
beenden!

Seite 1

Ludwig Stiegler MdB  
zum 100. Jahrestag  
von Rerum novarum  
und zur neuen En-  
zyklika: Die Verteidi-  
gung des Menschen  
als gemeinsame Auf-  
gabe.

Seite 2

Robert Antretter MdB  
zur Notwendigkeit, die  
Zusammenarbeit Ba-  
den-Württembergs mit  
Sachsen in eine über-  
greifende Vereinbarung  
zu integrieren: Europa  
als Solidargemein-  
schaft begreifen.

Seite 4

### Rezension

Hans-Josef Legrand  
stellt eine innovative  
Begleitkultur zum  
Bremer SPD-Parteitag  
von Peter Grafe vor.

Seite 4

46. Jahrgang / 93

17. Mai 1991

### Blutige Repression sofort beenden!

Zum Südafrika-Appell des Europäischen Parlaments

Von Barbara Simons MdEP

Südafrika-Sprecherin des Europäischen Parlaments

Ohne den internationalen Druck wird es in Südafrika bei Ankündigungen und halbherzigen Maßnahmen bleiben und die Apartheid fortexistieren. Die Eindämmung der Gewalt und die Beseitigung der Hindernisse auf dem Wege zu Verhandlungen sind durch die gegenwärtige Politik der Regierung erheblich gefährdet. Das Europäische Parlament sieht, wie es in seiner jüngsten Entschließung betont, die "Verantwortung für die Beendigung der Gewalttätigkeiten und Morde in erster Linie bei der südafrikanischen Regierung" und fordert sie auf, "alle notwendigen und geeigneten Maßnahmen zu treffen, um die Gewalt einzudämmen" sowie ein den Verhandlungen zuträgliches Klima zu schaffen.

Die Ankündigung der EG-Außenminister, die Sanktionen gegen Südafrika aufzuheben, war ein falsches Spiel und es ist der Entschlossenheit des dänischen Parlaments zu danken, daß Dänemark diesem Vorhaben im Rat Einhalt gebietet. In der Entschließung des Europäischen Parlaments wird der Ministerrat aufgefordert, "sich in seiner Südafrikapolitik, insbesondere der Frage der Sanktionen, intensiv mit dem Parlament sowie dem ANC und anderen demokratischen Bewegungen in Südafrika abzustimmen".

Das Europaparlament erklärt sich mit seinem Beschluß solidarisch mit den über 200 politischen Gefangenen, die durch die entschlossene und verzweifelte Aktion eines Hungerstreiks die Freilassung aller politischen Gefangenen erzwingen wollen, und verweist außerdem darauf, daß die "Land and Group Area Acts" in Südafrika immer noch nicht aufgehoben worden sind.

Dieses, und die Tatsache, daß circa 40.000 im Exil lebenden Südafrikaner noch immer nicht ohne Furcht für Leben und Sicherheit in ihre Heimat zurückkehren können, zeigt, daß der Prozeß der Abschaffung der Apartheid in Südafrika noch nicht unumkehrbar ist. Deshalb muß der Ministerrat weiterhin Druck ausüben und dürfen das im September 1985 beschlossene Ölembargo sowie die Sanktionen für Waffen, Militärausrüstung und Nuklearmaterial nicht gelockert werden.

(-/17. Mai 1991/rs/fr)

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressahaas 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Konvention Übereinstimmend  
mit dem Papier für  
Recycling-Papier



**Die Verteidigung des Menschen als gemeinsame Aufgabe**  
**Zum 100. Jahrestag von Rerum novarum und zur neuen Enzyklika**

**Von Ludwig Stiegler MdB**  
**Vorsitzender der bayerischen SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag**

Als vor hundert Jahren Papst Leo XIII. die berühmte Sozial-Enzyklika "Rerum novarum" aussandte, geschah dies nicht zuletzt, um die Arbeiter von der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung abzuwenden und sie dagegen zu immunisieren. Wer jetzt - hundert Jahre danach die Enzyklika "Centesimus annus" liest, kommt an deren sachlicher Übereinstimmung mit der sozialdemokratischen Programmatik nicht vorbei. Katholische Soziallehre und sozialdemokratische Programmatik sind einander nicht nur näher gekommen; es gibt eine atemberaubende weitgehende Identität. "Centesimus annus" drückt in der Sprache der Kirche aus, was im Godesberger oder auch im Berliner Programm der SPD zu den sozialen Fragen der Gegenwart steht.

Katholische Soziallehre und sozialdemokratische Programmatik sind sich sehr nahe gekommen - in einem Entwicklungsprozeß, der auf kirchlicher Seite mit "Quadregesimo anno" (1931) begann und über "Mater et Magistra" (1961), "Octogesima adveniens" (1971), "Laborem Exercens" (1981) zu "Centesimus annus" (1991) und auf sozialdemokratischer Seite zum Godesberger und zum Berliner Programm führte. Beide, Kirche und SPD, verstehen sich als "Großbewegung zur Verteidigung und zum Schutz der Würde des Menschen" ("Centesimus annus", Ziffer 3). Beide sind sich einig in der Warnung vor der unbegrenzten Freiheit des Marktes und des Kapitals (Ziffer 4). Beide sind sich einig, "daß sich der Friede nur auf dem Fundament der Gerechtigkeit aufbauen läßt (Ziffer 5). Mit den Soziallehren mischt sich die Kirche in das öffentliche Leben ein, begründet gleichsam das "Status des Bürgerrechtes in der wechselvollen Wirklichkeit des öffentlichen Lebens der Menschen und der Staaten" (Ziffer 5) - ein Recht, das die SPD im Godesberger wie im Berliner Programm ausdrücklich bejaht und unterstützt (Godesberger Programm: Religion und Kirche; Berliner Programm: Kirchen und Religionsgemeinschaften). Kirche und SPD bezeichnen das Solidaritätsprinzip als "grundlegendes Prinzip der gesellschaftlichen und politischen Ordnung" (Ziffer 10).

Auch das Bild vom Menschen und die Auffassung von seinem Vorrang ist praktisch identisch. Auch wenn die Sozialdemokratie ihr Menschenbild nicht nur von einer, in der Katholischen Soziallehre christlichen Doktrin ableitet, während die Sozialdemokratie Menschen aus unterschiedlichen Glaubens- und Denkrichtungen in sich vereinigt, ist doch im Ergebnis die Auffassung von der Würde des einzelnen Menschen als eines "autonomen Subjekts" (Ziffer 13) im Ergebnis gleich. Auch die Kritik am "realen Sozialismus", der mit der Sozialdemokratie nichts gemein hat, ist in diesem Punkt nahe beieinander. Es geht um die Subjektivität anstelle der Kollektivität des Menschen. So war die Scheide-Linie zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie in erster Linie immer die Freiheit der Person und der Schutz des Individuums.

Erstaunlich ist die Bejahung des "sozialen Konflikts" und des "Kampfes für die soziale Gerechtigkeit" (Ziffer 14), was für die Kirche nicht immer selbstverständlich war. Wie die Sozialdemokratie fordert "Centesimus annus" (Ziffer 15), daß der Staat den rechtlichen Rahmen für die Wirtschaft zu stellen hat, die erst wirklich frei ist, wenn eine "gewisse Gleichheit unter den Beteiligten besteht". "Centesimus annus" (Ziffer 15) würdigt ausdrücklich die Rolle der Arbeiterbewegung. Gemeinsam ist die Auffassung, daß "der wahre Friede niemals das Ergebnis eines errungenen militärischen Sieges" ist, "sondern in der Überwindung der Kriegsursachen und in der echten Aussöhnung unter den Völkern besteht" (Ziffer 18). Übereinstimmend ist die Verurteilung des Rüstungswettlaufs.

Besonders fällt die vollkommene Übereinstimmung in der Beurteilung der Arbeit auf. Nach "Centesimus annus" (Ziffer 19) soll sie "ihres Warencharakters entkleidet" werden - in Übereinstimmung mit dem Bild von der "Bedeutung der Arbeit", das im Berliner Programm der SPD niedergelegt ist.

Bemerkenswert und wichtig ist auch jener Absatz in "Centesimus annus", der so lautet: "Es gibt sodann andere soziale Kräfte und geistige Bewegung, die sich dem Marxismus durch die Erstellung von Systemen der 'nationalen Sicherheit' entgegenstellen. Ihr Ziel ist, die ganze Gesellschaft bis in die feinsten Verästelungen zu kontrollieren, um marxistische Infiltration zu verhindern. Sie verherrlichen und steuern die Macht des Staates und wollen so ihre Völker vor dem Kommunismus bewahren. Dabei geraten sie aber ernstlich in die Gefahr, jene Freiheit und jene Werte des Menschen zu zerstören, in deren Namen man sich diesem entgegenstellen muß." Diesen Absatz haben die Verfasser der Enzyklika sicher auch an die Adresse von Edmund Stoiber geschrieben.

#### **Dissens im Umgang mit der Aufklärung**

In einem Punkt allerdings bleibt ein nicht zu unterschätzender Dissens. Die Enzyklika kritisiert immer noch - ganz im Geiste von "Rerum novarum" - den Geist der Aufklärung. Das trifft die Sozialdemokratie, die - ebenso wie der Liberalismus, der ebenfalls attackiert wird - ein Kind der Aufklärung ist. Diese unversöhnliche Kritik ist erstaunlich, weil die Katholische Soziallehre im Laufe ihrer 100jährigen Geschichte viele Positionen, die aus dem Geist der Aufklärung entstanden sind, übernommen hat. In der übereinstimmend formulierten Verantwortung für die Bewahrung der Umwelt findet dies in der Enzyklika berechneten Ausdruck.

Diese alte Kritik am Geist der Aufklärung ist auch undifferenziert, weil die Erfahrung der "Dialektik der Aufklärung" die Sozialdemokratie längst dazu gebracht hat, das alte Weltbild im Sinne einer neuen Ethik zu korrigieren. Man denke nur an das breit übernommene Paradigma "Prinzip Verantwortung" von Jonas und auch daran, daß gerade auch die marxistische Diskussion sich Fragen der Ethik neu und intensiv zugewandt hat.

Hier muß und wird die Diskussion weitergehen. Diese Diskussion hat zu berücksichtigen, daß die Sozialdemokratie Menschen aus vielen Glaubens- und Denkrichtungen in sich vereinigt, die sich auf gleiche Grundwerte und Grundforderungen verständigen, ohne einem Dogma zu unterliegen. Wichtig und ermutigend ist und bleibt, daß die Zeiten der prinzipiellen Gegnerschaft einer neuen Toleranz in Grundfragen und einer fast nahtlosen Übereinstimmung in den aktuellen gesellschaftspolitischen Zielen Platz gemacht haben. Das gibt Mut, Kraft und Hoffnung für gemeinsames Handeln.

(-/17. Mai 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

**Europa als Solidargemeinschaft begreifen**  
**Zur Notwendigkeit, die Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit Sachsen in eine  
übergreifende Vereinbarung zu integrieren**

**Von Robert Antretter MdB**  
**Stellvertretender Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion des Europarates**

Baden-Württemberg sollte einen Solidaritätspakt mit einigen benachteiligten Regionen der Europäischen Gemeinschaft eingehen.

Das Vorbild der partnerschaftlichen Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit Sachsen läßt sich auch auf die Europäische Gemeinschaft übertragen. 120 Milliarden DM fließen in dem Zeitraum von 1988 bis 1993 aus der EG-Kasse in die Regionen mit Entwicklungsrückstand, vor allem in Griechenland, Portugal, Spanien, Süditalien und Irland, um die regionale Wirtschaftskraft zu verbessern.

Direkt vor Ort beteiligt sich die Europäische Gemeinschaft am Aufbau eines Ausbildungssystems und an der Verbesserung der Infrastruktur.

Baden-württembergische Experten könnten ihre Erfahrungen einbringen und die regionalen Verwaltungen bei der Umsetzung ihrer Entwicklungsstrategien unterstützen. Vor allem in Umwelt- und Naturschutz bestehen in diesen Regionen noch erhebliche Defizite.

Bisher beschränkte sich die Zusammenarbeit Baden-Württembergs auf den Kreis der reichen Regionen der Gemeinschaft, die Rhone-Alpes, Katalanien und die Lombardei.

Europa wächst von unten zusammen und muß sich als Solidargemeinschaft begreifen. Deshalb fordere ich die baden-württembergische Landesregierung in Stuttgart auf, ihre Zusammenarbeit mit Sachsen in einen europäischen Solidaritätspakt einzubinden.

(-/17. Mai 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

## **REZENSION**

### **Innovative Gedanken zur Sozialdemokratie**

Peter Grafe: Tradition & Konfusion - SPD. Alle Macht den Profis, Eichborn-Verlag, Frankfurt/Main 1991, 122 Seiten, DM 18,00.

Peter Grafe, einst TAZ-Redakteur und Autor eines vielbeachteten Buches über die organisatorische und programmatische Modernisierung der CDU ("Schwarze Visionen", Rowohlt-Verlag, 1986), hat nun der SPD zu ihrem Bremer Parteitag einen schonungslosen "Bericht" über die innere Verfassung vorgelegt, der vermutlich für viel Unruhe in der Sozialdemokratie sorgen wird. Als Wahlkampfberater der SPD in NRW und Brandenburg ist der Autor als Insider ausgewiesen, dessen Eindrücke, Erfahrungen, Analysen und Diagnosen von Gewicht sein sollten. Schonungslos listet Grafe in dem Bändchen Defizite der SPD in Programmatik, Struktur, Management und Vermarktung auf.

Seine Hauptthese lautet: Trotz der langen Oppositionszeit in Bonn hat es die SPD nicht vermocht, die Partei wirkungsvoll zu reformieren und wieder eine mehrheitsfähige Volkspartei zu werden. Nach wie vor pflege sie ihr Image als "Arbeiterpartei" oder als Partei der sozialen Gerechtigkeit, obwohl das klassische Arbeitermilieu kaum noch existiere. Diese Haltung sei zwar ehrenwert, verhindere aber die Akzeptanz durch den Wähler in anderen zentralen politischen Bereichen. Betonung überholter Traditionen, Konzentration auf soziale Kompetenz und Nähe zu den strukturkonservativen Gewerkschaften nennt Grafe Handicaps, die kontraproduktiv wirken. Als soziale Gerechtigkeitspartei mache sich die SPD zum Betriebsrat dieser Gesellschaft. Gleichzeitig verzichte sie aber freiwillig darauf, Betriebsleiter zu sein, schreibt Grafe. Die SPD habe die Zeichen der Zeit verkannt. Genau wie die Gewerkschaften war die Sozialdemokratie eine Organisation zur Regelung materieller Verteilungskonflikte, die aber aufgehört haben, daß Gravitationszentrums gesellschaftlicher Bewegung zu sein. Da die SPD ihren tradierten soziokulturellen Bezug verloren hat, bedarf es nach Grafe der habituellen und stilistischen Entproletarisierung der SPD. Programmatisch, strukturell und kommunikativ muß sie den gesellschaftlichen Individualisierungsprozessen, der Differenzierung der Lebenslagen und der Pluralisierung der Lebensentwürfe Rechnung tragen. Wichtigstes Kriterium politischer Handlungs- und Erfolgsfähigkeit ist vor dem Hintergrund veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen die Fähigkeit geworden, Kompromisse zu organisieren. Wer auf die Differenzierung der Lebensentwürfe nur mit Forderungen nach einheitlicher Beschlußlage und mehr Geschlossenheit zu reagieren weiß, verspielt seine Mehrheits- und damit auch Regierungsfähigkeit. Nur die Verbindung von Toleranz, Flexibilität, Integrations- und interner Kompromißfähigkeit kann heute das Auseinanderfallen einer Volkspartei verhindern.

Besonders schonungslos geht der Autor mit der sozialdemokratischen Organisationsstruktur, mit dem Apparat der Parteizentrale und ihrer Personalauswahl ins Gericht. Die Partei ist unfähig, Medien-Wahlkämpfe zu führen, die heute als Härtestest kommunikativer Kompetenz und professioneller Administration gelten können. Die Sozialdemokratie verfährt bei ihrer Personalauswahl "noch immer nach dem alten Brauch, in solidarischer Konsequenz das aufrechte und richtige ideologische Bekenntnis als Bewertungskriterium höher zu achten als die Befähigung für den jeweiligen Job" (S. 97). Grafe erscheint diese Form der Personalrekrutierung wie ein Relikt aus jenen Zeiten, als die Hilfe für die "Genossen" noch ein solidarischer Akt in feindlicher gesellschaftlicher Umgebung war. Genüßlich zitiert er parteiinterne Spötter, die meinen, daß viele der fast tausend hauptamtlichen und gut bezahlten Funktionäre bei ihrem Gehaltsniveau auf dem freien Arbeitsmarkt nicht zu vermitteln wären.

Gegen die Verkrustung einer an soziale Bindungen orientierten Personalpolitik setzt er die Erfahrungen, die erfolgreiche Firmen mit modernen Organisationsprinzipien gewonnen haben. Während die SPD von ihren Mitarbeitern neben der Parteiobsession ein hohes Maß an Frustrationstoleranz, asketische Pflichterfüllung und einen 16 Stunden-Arbeitstag verlangt, sichern sich durch modernes Management geführte Betriebe den Einsatz, die Bindung und die Identifikation ihrer Mitarbeiter über den Abbau von Hierarchiestufen, integrative Motivationselemente und Weiterbildung. Auch im Vergleich zur CDU schneidet die SPD nach Grafe im Bereich der Mitarbeiterführung schlecht ab: hier gilt das Prinzip der Versorgung als erstes Maß, dort handelt man nach der Devise Gratifikation für Qualifikation.

**Selbstvergewisserung oder öffentliche Kommunikation**

Im letzten Kapitel setzt sich Grafe mit Aspekten der Politikvermittlung im Fernsehzeitalter auseinander. Wenn selbst gute Parteiprogramme mit richtigen und wichtigen Vorhaben bestenfalls noch für gesinnungsethisch orientierte Textexegeten spannend oder aufregend sind, darf diese parteiinterne Selbstvergewisserungsarbeit nicht als Kommunikation mit der Öffentlichkeit mißverstanden werden. Bislang war nach Grafe sozialdemokratische Öffentlichkeitsarbeit nicht mehr als biedere Schulmelsterei, larmoyante Klage oder modisches Zeitgeistgeplapper. Verkündungen sind sozialdemokratisches Ritual und Belehrungen gehören zu ihrem Brauch. Aber auch wer die richtige Moral und das bessere Argument hat, kann es sich trotzdem nicht leisten, weder die eigene Sprachfähigkeit noch die Kunst der öffentlichen Präsentation zu vernachlässigen oder sich nicht um outfit und Auftritt zu scheren.

Grafe will mit seinen Hinweisen die Sozialdemokraten von ihrem Sozialhelfersyndrom befreien. Sozialdemokratische Mehrheitsfähigkeit läßt sich heute nicht mehr alleine über soziale Kompetenz organisieren, schreibt er. Ob eine renovierte SPD in Wahlen Zustimmung finden wird, hängt neben aller Professionalität in Sachfragen und Management, von ihrer Fähigkeit zur Integration, zu gesellschaftlichen Kompromißbildung, von ihrer kulturellen und insbesondere von ihrer kommunikativen Kompetenz ab, prognostiziert der Autor abschließend.

Das interessante, anregende und innovative Buch ist sicherlich hervorragend als Begleitlektüre zum Bremer Parteitag plaziert. Es greift Ideen, Impulse und Überlegungen auf, die auch schon in der Partei diskutiert werden (zum Beispiel "Arbeitsgruppe Parteireform" beim Landesvorstand der NRW-SPD). Hinsichtlich Gesellschaftsanalyse, Nennung von strategischen und inhaltlichen Defiziten und Betonung der Notwendigkeit einer Neuorientierung in der Organisationspolitik gibt es weitgehende Überschneidungen mit Vorstellungen, die kürzlich Werner Kindsmüller im Sozialdemokratischen Pressedienst (24./25. April 1991) veröffentlicht hat. Beim "Modernisierungsfügel" der Partei wird "der Grafe" wohl viel Zustimmung und Applaus finden, bei Traditionalisten wird er wohl eher auf Kopfschütteln und auf Unverständnis stoßen. So stellt das Buch auch die innerparteiliche Streit- und Konfliktaustragungskultur auf eine harte Probe.

Kritisch will ich noch anmerken, daß die Modernisierungsbestrebungen innerhalb der Gewerkschaften nur unzureichend berücksichtigt (Stichworte: Zukunftsdebatte bei IGM und ÖTV, Hattinger Rede von DGB-Chef-Meyer) werden. Die auch von Grafe aufgestellte Behauptung, die Rechts-Links-Dimension hätte im politischen Koordinatensystem von heute fast keine Bedeutung mehr, können neuere wissenschaftliche Untersuchungen so nicht bestätigen. Demoskopen und Wahlforscher stellen immer wieder fest, daß sich die Sympathisantinnen und Wählerinnen aller Parteien eindeutig auf der Rechts-Links-Skala zu plazieren und auch die Parteien dort zu verorten wissen. Vor dem Hintergrund der dramatischen sozialen Probleme, Verwerfungen und Erschütterungen, die mit dem innen- und sozialpolitischen Einigungsprozeß verbunden sind, mag es auch eine kühne These sein, daß über soziale Kompetenz Mehrheitsfähigkeit nicht mehr erzielt werden kann. Angesichts solch grundsätzlicher "Einwände" fallen einige Flüchtigkeitenfehler - unter anderem datiert Grafe das neue Grundsatzprogramm der SPD auf 1990 (S. 27). und er hievt den gescheiterten Frankfurter Bundestagskandidaten Dieter Dehm ins Bonner Wasserwerk (S. 55) - kaum ins Gewicht.

**Hans-Josef Legrand**

(-/17. Mai 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*